

72894-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Rechtsberatung – Beratung im Rechtsgebiet Vergaberecht und Kooperationen

OJ S 22/2026 02/02/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Münchner Wohnen GmbH

E-Mail: SE02_05@muenchner-wohnen.de

Rechtsform des Erwerbers: Öffentliches Unternehmen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Beratung im Rechtsgebiet Vergaberecht und Kooperationen

Beschreibung: Die Rahmenvereinbarung soll folgende Leistungen im Rechtsgebiet Vergaberecht, Kooperationen, abdecken: a) Beratung bei der Strukturierung der verschiedenen Kooperationsprojekte b) Beratung hinsichtlich neuer vergaberechtlicher Strategien und neuer Vergabekonzepte c) Beratung / Betreuung / Durchführung von Kooperationsprojekten d) rechtliche Beratung im Rahmen von Wirtschaftlichkeits- und Finanzierungskonzepten für Kooperationsprojekte e) Beratung im kommunalen Haushaltsrecht und Kommunalrecht im Zusammenhang mit Kooperationsprojekten f) Beratung hinsichtlich gesellschaftsrechtlicher Aspekte im Zusammenhang mit Kooperationsprojekten g) Beratung im Beihilferecht im Zusammenhang mit Kooperationsprojekten h) Beratung bei der Anpassung von Vergabekonzepten an geänderte Rechtslagen i) Beratung im Immobilienrecht im Zusammenhang mit Kooperationsprojekten j) allgemeine Unterstützung der Vergabestelle bei schwierigen vergaberechtlichen Fragestellungen hinsichtlich der Abwicklung von Kooperationen k) Erstellung eines kostenlosen Quartalsberichts zur Lage der Rechtsstreitigkeiten und außergerichtlichen Tätigkeiten unter Angabe von Kurzzusammenfassung des Sachverhalts, Parteien, Streitwert und Kostenstand
Kennung des Verfahrens: 7d415a9b-8894-4c6d-8a03-b874ef41b44c
Interne Kennung: 2025_1436_RV_Vergaberecht_und_Kooperationen_prv
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren
Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 79111000 Rechtsberatung

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: München

Postleitzahl: 81739

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Korruption: gemäß GWB § 123, § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen), § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern) §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete), Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr).

Betrug: gemäß GWB § 123, § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: gemäß GWB § 123, § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: gemäß GWB § 123, § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen, § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte), Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: gemäß GWB § 123, §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung),

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: gemäß GWB § 124, das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: gemäß GWB § 124, das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: gemäß GWB § 124, das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: gemäß GWB § 124, das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: gemäß GWB § 124, das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: gemäß GWB § 124, der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen mit anderen Unternehmen Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: gemäß GWB § 124, ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: gemäß GWB § 124, eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: gemäß GWB § 124, das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: gemäß GWB § 124, das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder das Unternehmen versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Beratung im Rechtsgebiet Vergaberecht und Kooperationen

Beschreibung: Die Rahmenvereinbarung soll folgende Leistungen im Rechtsgebiet Vergaberecht, Kooperationen, abdecken: a) Beratung bei der Strukturierung der verschiedenen Kooperationsprojekte b) Beratung hinsichtlich neuer vergaberechtlicher Strategien und neuer Vergabekonzepte c) Beratung / Betreuung / Durchführung von Kooperationsprojekten d) rechtliche Beratung im Rahmen von Wirtschaftlichkeits- und Finanzierungskonzepten für Kooperationsprojekte e) Beratung im kommunalen Haushaltsrecht und Kommunalrecht im Zusammenhang mit Kooperationsprojekten f) Beratung hinsichtlich gesellschaftsrechtlicher Aspekte im Zusammenhang mit Kooperationsprojekten g) Beratung im Beihilferecht im Zusammenhang mit Kooperationsprojekten h) Beratung bei der Anpassung von Vergabekonzepten an geänderte Rechtslagen i) Beratung im Immobilienrecht im Zusammenhang mit Kooperationsprojekten j) allgemeine Unterstützung der Vergabestelle bei schwierigen vergaberechtlichen Fragestellungen hinsichtlich der Abwicklung von Kooperationen k) Erstellung eines kostenlosen Quartalsberichts zur Lage der Rechtsstreitigkeiten und außergerichtlichen Tätigkeiten unter Angabe von Kurzzusammenfassung des Sachverhalts, Parteien, Streitwert und Kostenstand

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 79111000 Rechtsberatung

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: München

Postleitzahl: 81739

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 48 Monate

5.1.5. Wert

Höchstwert der Rahmenvereinbarung: 1 500 000,00 EUR

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:startup# Bietergemeinschaften sind zulässig. Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

Arbeitsgemeinschaften und andere gemeinschaftliche Bieter haben in den Bewerbungen die Mitglieder zu benennen und eines ihrer Mitglieder als uneingeschränkt bevollmächtigten Vertreter zu bezeichnen. Der Teilnahmeantrag besteht aus dem Bewerberbogen und Nachweisen; sämtliche Vergabe-/Auftragsunterlagen sind auf der Vergabepattform eingestellt. Der Bewerberbogen und die anderen einzureichenden, bearbeitbaren Formulare sind auf den eigenen Rechner herunterzuladen, dort lokal auszufüllen und zu speichern. Teilnahmeanträge können ausschließlich von registrierten Bewerbern über die Vergabepattform (vergabe.bayern.de) in Textform eingereicht werden. Die ausgefüllten und lokal gespeicherten Unterlagen sind als Teil des Teilnahmeantrags auf die Plattform hochzuladen. Zur Einreichung des Teilnahmeantrags muss auf der Plattform in einem entsprechenden Fenster der Vor- und Nachname der Person, die die Teilnahmeantragsabgabe erklärt, angegeben werden. Eine gesonderte Unterschrift sowie eine fortgeschrittene oder qualifizierte Signatur sind für den Teilnahmeantrag nicht erforderlich. Nicht fristgerecht eingereichte Teilnahmeanträge bzw. schriftliche (in Papierform eingereichte) oder formlose Anträge werden im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt. Beschreibungen zur Vorgehensweise bei Teilnahmewettbewerben auf der Vergabepattform unter: https://download.arriba-net.de/fileadmin/downloaddaten/meinauftrag.rib.de/hilfe/teilnahmewettbewerbe_tender.html Im Rahmen des finalen Angebotes ist der unterzeichnete Vertrag von Seiten des Bieters abzugeben. Bieterfragen sollen möglichst 6 Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist über die Vergabepattform gestellt werden. Nicht rechtzeitig gestellte Bieterfragen können unbeantwortet bleiben. Der Auftraggeber behält sich vor, den Auftrag auf der Grundlage der Erstangebote zu vergeben. Bei Bedarf ist ein Verhandlungsgepräch/Präsentationsgespräch vorgesehen. Sollten die Bieter im Anschluss des Verhandlungsgeprächs/Präsentationsgesprächs zur Abgabe finaler Angebote aufgefordert werden, behält sich der Auftraggeber vor, das finale Angebot ausschließlich auf

den Preis zu beschränken. In die finale Bewertung würden dann die bereits in der Erstangebotsphase abgeschlossene Bewertung der Leistungskonzepte und die finale Preisbewertung einfließen.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: Forderung gemäß Bewerberbogen (BWB) 4.1 und

Anlagen: - Nachweis der Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister (wenn nach den Rechtsvorschriften des Herkunftsstaates eintragungspflichtig) - Zugelassen werden

Rechtsanwalt, Niedergelassener europäischer Rechtsanwalt i.S.v. § 2 EuRAG oder

Dienstleistender europäischer Rechtsanwalt i.S.v. § 25 Abs. 1 EuRAG mit jeweils zehnjähriger einschlägiger Berufserfahrung (Vertreter mindestens acht Jahre) oder eine vergleichbare Berufserfahrung. Sofern es sich beim Bewerber um eine juristische Person handelt, ist die Qualifikation des benannten verantwortlichen Berufsangehörigen nachzuweisen, § 75 Abs. 3 VgV. (Ausschlusskriterium)

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Forderung gemäß Bewerberbogen (BWB) 4.2 und

Anlagen und: Berufshaftpflichtversicherung: Möglicherweise geforderte Mindeststandards: Der Bewerber verpflichtet sich, im Auftragsfall eine Berufshaftpflicht mit folgenden Konditionen abzuschließen und dem Auftraggeber nachzuweisen: Der Auftragnehmer hat eine Berufshaftpflichtversicherung abzuschließen und für die Dauer der Rahmenvereinbarung aufrechtzuerhalten, die für jeden einzelnen Schadensfall eine Mindestversicherungssumme in Höhe der in § 59o Abs. 1-3 BRAO angegebenen Mindestvorgaben für die Auftragnehmerin nicht unterschreitet, im vorliegenden Fall 2.500.000,- €. (Ausschlusskriterium)

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Forderung gemäß Bewerberbogen (BWB) 4.3 und

Anlagen und: - Technische und berufliche Leistungsfähigkeit - Referenzen 3 x 25 Punkte und 1 x 15 Punkte Der Bieter hat mit seinem Angebot Referenzen vorzulegen. Die Referenzen müssen mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbar sein. Eine Vergleichbarkeit ist gegeben, wenn es sich bei der Referenz um einen Auftrag eines öffentlichen Auftraggebers, der mit Neu- und / oder Sanierungsprojekten befasst ist, handelt. Sollte eine Referenz mit der ausgeschriebenen Leistung nicht vergleichbar sein, wird diese nicht gewertet. Bei Angabe der Referenzen hat der Bieter je Referenz folgende Punkte auszuführen: 1. Nennung der Eigenschaft der Auftraggebers des Referenzprojekts (öffentlich oder privat) 2. Problemstellung 3. Lösungsweg 4. Ergebnis Referenzen sind in den unten genannten Bereichen vorzulegen.

Es sind jeweils für den sachbearbeitenden Rechtsanwalt und seinen Vertreter für jeden der genannten Bereiche bis zu drei Referenzen vorzulegen. I. vergaberechtliche Beratung /Betreuung/Durchführung von baulichen öffentlich-privaten Kooperationen (ÖPP) Die Punkteverteilung erfolgt je Sachbearbeiter bzw. genanntem Vertreter wie nachstehend: Keine Referenz vorgelegt: 0 Punkte, eine Referenz vorgelegt: 1,5 Punkte, zwei Referenzen

vorgelegt: 3 Punkte, drei und mehr Referenzen vorgelegt: 5 Punkte - Wertungsfaktor 2,5, d.h. maximal erreichbar 25 Punkte II. vergaberechtliche Beratung/Betreuung/Durchführung von öffentlich-öffentlicher Zusammenarbeit innerhalb einer oder zwischen mehreren Kommunen /Gebietskörperschaften Die Punkteverteilung erfolgt je Sachbearbeiter bzw. genanntem Vertreter wie nachstehend: Keine Referenz vorgelegt: 0 Punkte, eine Referenz vorgelegt: 1,5 Punkte, zwei Referenzen vorgelegt: 3 Punkte, drei und mehr Referenzen vorgelegt: 5 Punkte - Wertungsfaktor 2,5, d.h. maximal erreichbar 25 Punkte III. vergaberechtliche Beratung /Betreuung/Durchführung bzgl. interkommunaler Zusammenarbeit (z.B. Gemeinden etc.) Die Punkteverteilung erfolgt je Sachbearbeiter bzw. genanntem Vertreter wie nachstehend: Keine Referenz vorgelegt: 0 Punkte, eine Referenz vorgelegt: 1,5 Punkte, zwei Referenzen vorgelegt: 3 Punkte, drei und mehr Referenzen vorgelegt: 5 Punkte - Wertungsfaktor 2,5, d.h. maximal erreichbar 25 Punkte IV. Vernetzte Bearbeitung von vergaberechtlichen, gesellschaftsrechtlichen, immobilienrechtlichen und kommunal-haushaltsrechtlichen Fragestellungen im Rahmen von Kooperationen. Die Punkteverteilung erfolgt je Sachbearbeiter bzw. genanntem Vertreter wie nachstehend: Keine Referenz vorgelegt: 0 Punkte, eine Referenz vorgelegt: 1,5 Punkte, zwei Referenzen vorgelegt: 3 Punkte, drei und mehr Referenzen vorgelegt: 5 Punkte - Wertungsfaktor 1,5, d.h. maximal erreichbar 15 Punkte Insgesamt sind max. 90 Punkte zu erreichen (siehe Anlagen "2025-12-18_1436_RV_Bewerberbogen" und "2025-12-18_1436_RV_Eignungsmatrix") Die Wertung schließt mit der Bildung einer Rangfolge ab. Die Bewerber mit der höchsten Punktzahl werden zum Verhandlungsverfahren eingeladen. Bei ausreichend eingegangenen und qualifizierten Bewerbungen werden mindestens 3 höchstens 5 Bewerber eingeladen, die die höchste Punktzahl erreicht haben. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl auch nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zugrunde gelegten Eignungskriterien zu hoch, kann die Auswahl unter den verbleibenden Bewerbern durch Los getroffen werden.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Qualitätskriterium

Beschreibung: siehe Zuschlagsmatrix

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 60

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: siehe Zuschlagsmatrix

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 40

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/1/tenderId/290009>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

Name: <https://www.meinauftrag.rib.de>

URL: <https://www.meinauftrag.rib.de>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.meinauftrag.rib.de>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 11/02/2026 10:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Wertungsrelevante Unterlagen betreffend des Teilnahmewettbewerbs (Stufe 1) werden nicht nachgefordert. Formale Unterlagen werden nachgefordert.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Rahmenvereinbarung ohne erneuten Aufruf zum Wettbewerb

Höchstzahl der Teilnehmer: 1

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Schlichtungsstelle: Münchner Wohnen GmbH

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Südbayern

Informationen über die Überprüfungsfristen: Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist zudem unzulässig, wenn der Zuschlag erfolgt ist, bevor die Vergabekammer den Auftraggeber über den Antrag auf Nachprüfung informiert hat (§ 168 Abs. 2 Satz 1, 169 Abs. 1 GWB). Die Zuschlagserteilung ist möglich 15 Kalendertage nach Absendung der Bieterinformation nach § 134 Abs. 1 GWB. Wird die Information auf elektronischem Weg oder per Fax versendet, verkürzt sich die Frist auf 10 Kalendertage (§ 134 Abs. 2 GWB). Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an. Die Zulässigkeit eines

Nachprüfungsantrags setzt ferner voraus, dass die geltend gemachten Vergabeverstöße 10 Kalendertage nach Kenntnis gerügt wurden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 GWB). Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 GWB). Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 GWB).

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Münchner Wohnen GmbH

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Münchner Wohnen GmbH

Organisation, die Angebote bearbeitet: Münchner Wohnen GmbH

8. Organisationen

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Südbayern

Registrierungsnummer: t:08921762411

Abteilung: Vergabekammer Südbayern

Postanschrift: Regierung von Oberbayern Vergabekammer Südbayern Maximilianstrasse 39

Stadt: München

Postleitzahl: 80534

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabekammer Südbayern

E-Mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de

Telefon: +498921762411

Fax: +498921762411

Internetadresse: <https://www.regierung.oberbayern.bayern.de>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0005

Offizielle Bezeichnung: Münchner Wohnen GmbH

Registrierungsnummer: t:0898776620

Abteilung: Abteilung Vergabe/Vertragsmanagement

Postanschrift: Gustav-Heinemann- Ring 111

Stadt: München

Postleitzahl: 81739

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Münchner Wohnen - Abteilung Vergabe/Vertragsmanagement

E-Mail: SE02_05@muenchner-wohnen.de

Telefon: 000

Internetadresse: <https://www.muenchner-wohnen.de>

Profil des Erwerbers: <https://www.vergabe.bayern.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

Organisation, die Angebote bearbeitet

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt
Schlichtungsstelle

8.1. **ORG-0007**

Offizielle Bezeichnung: Dienstleister Münchner Wohnen

Registrierungsnummer: t:00898776620

Abteilung: Abteilung Vergabe/Vertragsmanagement

Postanschrift: Gustav-Heinemann- Ring 111

Stadt: München

Postleitzahl: 81739

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Münchner Wohnen - Abteilung Vergabe/Vertragsmanagement

E-Mail: SE02_05@muenchner-wohnen.de

Telefon: 000

Internetadresse: <https://www.muenchner-wohnen.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffungsdienstleister

8.1. **ORG-0008**

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

575f1470-153a-4d48-af48-a0e9e4a763bb-01

Hauptgrund für die Änderung

:

Aktualisierte Informationen

Beschreibung

:

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit gem. Ziff. 4.3.1 Bewerberbogen Vorher: Der Bieter hat mit seinem Angebot Referenzen vorzulegen. Die Referenzen müssen mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbar sein. Eine Vergleichbarkeit ist gegeben, wenn es sich bei der Referenz um einen Auftrag eines öffentlichen Auftraggebers, der mit Neu- und / oder Sanierungsprojekten befasst ist, handelt. Sollte eine Referenz mit der ausgeschriebenen Leistung nicht vergleichbar sein, wird diese nicht gewertet. Bei Angabe der Referenzen hat der Bieter je Referenz folgende Punkte auszuführen: 1. Nennung der Eigenschaft der Auftraggebers des Referenzprojekts (öffentlich oder privat) 2. Problemstellung 3. Lösungsweg

4. Ergebnis Referenzen sind in den unten genannten Bereichen vorzulegen. Es sind jeweils für den sachbearbeitenden Rechtsanwalt und seinen Vertreter für jeden der genannten Bereiche bis zu drei Referenzen vorzulegen. I. vergaberechtliche Beratung/Betreuung /Durchführung von baulichen öffentlich-privaten Kooperationen (ÖPP) Die Punkteverteilung erfolgt je Sachbearbeiter bzw. genanntem Vertreter wie nachstehend: Keine Referenz vorgelegt: 0 Punkte, eine Referenz vorgelegt: 1,5 Punkte, zwei Referenzen vorgelegt: 3 Punkte, drei und mehr Referenzen vorgelegt: 5 Punkte - Wertungsfaktor 2,5, d.h. maximal erreichbar 25 Punkte II. vergaberechtliche Beratung/Betreuung/Durchführung von öffentlich-öffentlicher Zusammenarbeit innerhalb einer oder zwischen mehreren Kommunen /Gebietskörperschaften Die Punkteverteilung erfolgt je Sachbearbeiter bzw. genanntem Vertreter wie nachstehend: Keine Referenz vorgelegt: 0 Punkte, eine Referenz vorgelegt: 1,5 Punkte, zwei Referenzen vorgelegt: 3 Punkte, drei und mehr Referenzen vorgelegt: 5 Punkte - Wertungsfaktor 2,5, d.h. maximal erreichbar 25 Punkte III. vergaberechtliche Beratung /Betreuung/Durchführung bzgl. interkommunaler Zusammenarbeit (z.B. Gemeinden etc.) Die Punkteverteilung erfolgt je Sachbearbeiter bzw. genanntem Vertreter wie nachstehend: Keine Referenz vorgelegt: 0 Punkte, eine Referenz vorgelegt: 1,5 Punkte, zwei Referenzen vorgelegt: 3 Punkte, drei und mehr Referenzen vorgelegt: 5 Punkte - Wertungsfaktor 2,5, d.h. maximal erreichbar 25 Punkte IV. Vernetzte Bearbeitung von vergaberechtlichen, gesellschaftsrechtlichen, immobilienrechtlichen und kommunal-haushaltsrechtlichen Fragestellungen im Rahmen von Kooperationen. Die Punkteverteilung erfolgt je Sachbearbeiter bzw. genanntem Vertreter wie nachstehend: Keine Referenz vorgelegt: 0 Punkte, eine Referenz vorgelegt: 1,5 Punkte, zwei Referenzen vorgelegt: 3 Punkte, drei und mehr Referenzen vorgelegt: 5 Punkte - Wertungsfaktor 1,5, d.h. maximal erreichbar 15 Punkte Insgesamt sind max. 90 Punkte zu erreichen Nachher: Der Bieter hat mit seinem Angebot einen sachbearbeitenden Rechtsanwalt (Hauptansprechpartner) und einen weiteren Rechtsanwalt als Vertreter zu benennen und für diese Referenzen vorzulegen. Die Referenzen müssen mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbar sein. Eine Vergleichbarkeit ist gegeben, wenn es sich bei der Referenz um einen Auftrag eines öffentlichen Auftraggebers, der mit Neu- und / oder Sanierungsprojekten befasst ist, handelt. Sollte eine Referenz mit der ausgeschriebenen Leistung nicht vergleichbar sein, wird diese nicht gewertet. Bei Angabe der Referenzen hat der Bieter je Referenz folgende Punkte auszuführen: 1. Nennung der Eigenschaft der Auftraggebers des Referenzprojekts (öffentlich oder privat) 2. Problemstellung 3. Lösungsweg 4. Ergebnis Referenzen sind in den unten genannten Bereichen vorzulegen. Es sind jeweils für den sachbearbeitenden Rechtsanwalt und seinen Vertreter für jeden der genannten Bereiche bis zu drei Referenzen vorzulegen. I. vergaberechtliche Beratung/Betreuung/Durchführung von öffentlich-privaten Kooperationsmodellen bei Bauprojekten (z.B. ÖPP, Investorenmodell, Immobiliengeschäfte mit Bauverpflichtung; nicht klassische Bauaufträge oder GU-/TU-Vergaben) Die Punkteverteilung erfolgt je Sachbearbeiter bzw. genanntem Vertreter wie nachstehend: Keine Referenz vorgelegt: 0 Punkte, eine Referenz vorgelegt: 1,5 Punkte, zwei Referenzen vorgelegt: 3 Punkte, drei und mehr Referenzen vorgelegt: 5 Punkte - Wertungsfaktor 2,5, d.h. maximal erreichbar 25 Punkte II. vergaberechtliche Beratung/Betreuung/Durchführung von öffentlich-öffentlicher Zusammenarbeit bei Bauprojekten (In-House-Konstellationen oder Zusammenarbeit verschiedener öffentlichen Auftraggeber (auch kommunaler Gesellschaften)) Die Punkteverteilung erfolgt je Sachbearbeiter bzw. genanntem Vertreter wie nachstehend: Keine Referenz vorgelegt: 0 Punkte, eine Referenz vorgelegt: 1,5 Punkte, zwei Referenzen vorgelegt: 3 Punkte, drei und mehr Referenzen vorgelegt: 5 Punkte - Wertungsfaktor 2,5, d.h. maximal erreichbar 25 Punkte III. Vernetzte Bearbeitung von vergaberechtlichen, gesellschaftsrechtlichen, immobilienrechtlichen und kommunal-haushaltsrechtlichen Fragestellungen im Rahmen von Kooperationsprojekten (als federführender Rechtsanwalt

oder dessen Vertreter innerhalb der Kanzlei). Die Punkteverteilung erfolgt je Sachbearbeiter bzw. genanntem Vertreter wie nachstehend: Keine Referenz vorgelegt: 0 Punkte, eine Referenz vorgelegt: 1,5 Punkte, zwei Referenzen vorgelegt: 3 Punkte, drei und mehr Referenzen vorgelegt: 5 Punkte - Wertungsfaktor 2,5, d.h. maximal erreichbar 25 Punkte Insgesamt sind max. 75 Punkte zu erreichen

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 84e7693c-a054-4dbd-bc29-b1239dad5003 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 29/01/2026 16:14:00 (UTC+01:00)
Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 72894-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 22/2026
Datum der Veröffentlichung: 02/02/2026